

à propos



Das
Friedensmagazin
von KOFF

MENA-Region – Vergessene Konflikte?

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Syrienkrieg – Krise ohne Ende?

2

dossier

Jemen – frühzeitige Reform des Sicherheitssektors in der Friedensförderung

Gendersensitive Konfliktprävention – Reflexion über Männlichkeiten

Israel–Palästina – Stärkung des lokalen Dialogs

Libyen – Herausforderungen beim Überbrücken der Kluft

Ägypten – Gesundheitsdienste und wirtschaftliche Chancen für Migrant:innen

Palästina – Sozialarbeit als Beitrag zum Frieden

Tunesien – der Beitrag der Medien zur partizipativen Demokratie

«New Profile» Bewegung gegen die Militarisierung Israels

Interview – Gesundheitsversorgung in einem neuen Afghanistan

4

aktuell

Dringender Appell für Globale Gerechtigkeit

FriedensFrauen Weltweit erhält Versöhnungspreis der Klaus Jensen Stiftung

Mentoren für cfd gesucht!

Bewerben Sie sich für den swisspeace «Dealing with the Past» Kurs

5

agenda

Events

editorial

Wie gut und wie lange können wir zur Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung in der MENA-Region beitragen?

Mehr als zehn Jahre nach dem Arabischen Frühling geht die Suche nach mehr Demokratie, Freiheit und Frieden weiter. Länder wie Syrien, Jemen, Israel/Palästina oder Iran sind nach wie vor von einem hohen Maß an Gewalt betroffen, das verheerende Auswirkungen auf die Bevölkerung hat.

Die derzeitige Situation, insbesondere in Anbetracht des Krieges in der Ukraine, trübt die Aussichten. Die Inflation und die daraus resultierende Verschiebung der internationalen Aufmerksamkeit verstärken die wirtschaftliche und politische Instabilität in der Region zusätzlich.

Trotz der zum Teil besorgniserregenden Berichte zeigt diese Ausgabe, dass selbst in solchen Kontexten die Förderung des Dialogs zwischen den Konfliktparteien, die Stärkung der lokalen Demokratie, frühzeitige Investitionen in institutionellen Reformen und die Schaffung von Möglichkeiten für die betroffene Bevölkerung realisierbar und notwendig sind.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF ist Herausgeberin des Friedensmagazins à propos. Sie schafft damit eine Plattform für die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven ihrer Mitglieder und Partner:innen. Die Artikel im Magazin geben ausschliesslich die Ansichten und Haltungen der Autor:innen wieder und entsprechen nicht den Ansichten und Haltungen von KOFF oder swisspeace.

schwerpunkt

Syrienkrieg – Krise ohne Ende?



Schulkinder in der Nähe von Damaskus: Dass sie trotz der schwierigen Umstände den Unterricht besuchen können, ist sehr wichtig für die Zukunft des Landes. Hasan Belal/Caritas Schweiz

Nach über 11 Jahren Krieg ist die humanitäre Hilfe in Syrien nach wie vor überlebenswichtig für die Menschen. Der Bedarf hat aufgrund der Preisexplosion für Lebensmittel infolge des Ukraine-Krieges nochmals stark zugenommen. Für Hilfsorganisationen gilt es aber mit Blick auf den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, der nach einer Befriedung des Landes ansteht, auch langfristige Perspektiven zu schaffen.

Der Syrienkrieg ist eine der grössten humanitären Katastrophen der jüngeren Geschichte. Seit 2015 ist die Zahl der Todesfälle stetig zurückgegangen und hat im Jahr 2021 noch ungefähr 4000 betragen. Dies deutet zwar auf eine Abnahme der Konfliktintensität hin, eine Normalisierung der Lage ist aber nicht in Sicht. Im Gegenteil: Während sich der Fokus der Weltöffentlichkeit auf andere Konfliktregionen und Katastrophen (wie die in der Ukraine) verschoben hat, verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation der Menschen in Syrien in besorgniserregendem Ausmass.

Enorme Ernährungsunsicherheit

Von den rund 21 Millionen Syrer:innen sind mehr als 6,5 Millionen über die Landesgrenzen geflohen, vor allem in die Nachbarländer Libanon, Türkei und Jordanien. In Syrien selbst ist mehr als die Hälfte der Erwerbsbevölkerung arbeitslos und um die 80 Prozent der Menschen leben in Armut. Für 12 Millionen Menschen, also die grosse Mehrheit der

Bevölkerung, ist die Ernährungssicherheit nicht gewährleistet. Für sie geht es täglich ums Überleben. Sie sind mit einem Anstieg der Lebensmittelpreise um das Fünffache innerhalb von zwei Jahren konfrontiert, und die Teuerung hält weiter an. Die wirtschaftliche Lage ist so prekär wie noch nie. Neben dem Krieg in der Ukraine sind dafür die massiven Ernteverluste infolge der Trockenheit im Land und die Corona-Pandemie eine Ursache. Syrien leidet – wie viele der ärmeren Länder weltweit und insbesondere auch wie der benachbarte Libanon – unter einer ausgeprägten Mehrfachkrise.

Nothilfe bleibt unverzichtbar

Die Internationale Zusammenarbeit, wie sie auch Caritas Schweiz vor Ort umsetzt, versteht sich immer auch als Beitrag zur Friedensförderung. In Syrien erscheint der Weg zu einem Frieden aber als lang und hindernisreich. In dieser Situation gilt es, den sich verschärfenden sozialen Verwerfungen wo immer möglich entgegenzuwirken. Ohne eine nachhaltige Befriedung Syriens und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der Region sind Nothilfeprojekte weiterhin unabdingbar.

Um Grundbedürfnisse wie Ernährung und Unterkunft zu decken, sind vulnerable Familien zu negativen Bewältigungsstrategien gezwungen. Sie reduzieren etwa die Zahl der Mahlzeiten pro Tag, sparen bei Gesundheit und Bildung oder verkaufen Teile ihres Besitzes, die sie eigentlich noch benötigen würden. Kinderarbeit, Schulabbruch und Kinderehen nehmen zu. Häusliche Spannungen und Gewalt steigen. Die Familienbeziehungen sind erheblichen Belastungen ausgesetzt im täglichen Ringen darum, über die Runden zu kommen. Caritas Schweiz unterstützt aktuell Familien in Städten wie Aleppo oder Homs mit Bargeldhilfe: Ein halbes Jahr lang erhalten sie monatliche Geldzahlungen und werden durch Sozialarbeitende betreut. Dieser Cash-Ansatz ermöglicht es den begünstigten Familien, das Geld genau dort einzusetzen, wo sie es am dringendsten benötigen, etwa auch für Medikament oder eine bessere Isolation ihrer Wohnräume gegen die winterliche Kälte. Gleichzeitig werden die lokalen Partnerorganisationen, welche den direkten Zugang zur Bevölkerung mit dem dringendsten Bedarf haben und die Umsetzung dieser Hilfe sicherstellen, gestärkt. Als Träger der Zivilgesellschaft werden sie wichtige Akteure einer Überwindung der Krise und einer zukünftig friedlichen Entwicklung des Landes sein.

Eine «Lost Generation» verhindern

So wichtig die Überlebenshilfe für die Menschen ist, gilt es auch die Herausforderungen für eine Zeit nach einem wie auch immer ausgestalteten Frieden zu planen. Zum Beispiel bei der Bildung: Das staatliche Schulsystem funktioniert kaum und lässt Generationen von Kindern und Jugendlichen ohne Bildungsperspektive. Die Arbeit von NGOs und internationalen Organisationen ist darauf ausgerichtet, zu verhindern, dass die Last des Wiederaufbaus auf dem Rücken einer «Lost Generation» mit geringer oder gar keiner Bildung lasten wird. Caritas Schweiz unterstützt Projekte ihrer lokalen Partnerorganisationen, die Kindern den Zugang zu Bildung ermöglichen. Ein zentraler Faktor ist dabei auch die Fortbildung der Lehrpersonen.

Die Finanzierung von Projekten zugunsten der syrischen Bevölkerung ist nach elf Jahren Krieg schwierig. Der Finanzbedarf der grossen internationalen Agenturen ist nicht einmal zur Hälfte gedeckt. Der Krieg in der Ukraine absorbiert Finanzmittel und akzentuiert diese Situation zusätzlich. Aber auch die steigenden Preise wirken sich negativ auf die Hilfe aus.

So musste das World Food Programme die Rationen ihrer Nahrungsmittelhilfe aus Kostengründen verkleinern.

Ein politischer Frieden für Syrien ist notwendig, um die Armutsspirale im Land zu stoppen. Krieg kostet zu viel. Leider haben sich die Aussichten auf einen politischen Frieden mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges noch weiter verschlechtert.

NGO-Engagement braucht es daher nicht nur vor Ort: Die internationale Gemeinschaft muss immer wieder daran erinnert werden, dass sie sich verstärkt für dauerhaften Frieden und den Wiederaufbau einsetzen muss. Auch die Schweiz ist aufgefordert, ihren Beitrag weiterhin und verstärkt zu leisten. Als Aufnahmeland spielt die Schweiz für geflüchtete Menschen aus Syrien eine marginale Rolle. Trotzdem tut sich unser Land sehr schwer damit: Fast die Hälfte der in der Schweiz lebenden 20'000 Syrer:innen haben keinen Flüchtlingsstatus, sondern sind nur «vorläufig aufgenommen». Es gehört zu einem umfassenden Ansatz, dass sich Caritas für ihre Anerkennung als Flüchtlinge einsetzt.

[Caritas Switzerland](#)

Petra Winiger

Operative Leiterin Internationale Zusammenarbeit

[links](#)

- [Caritas Schweiz](#)

dossier

Jemen – frühzeitige Reform des Sicherheitssektors in der Friedensförderung



Genf, Februar 2020. DCAF

Das Genfer Zentrum für Gouvernanz im Sicherheitssektor (DCAF) unterstützt Gouvernanz- und Reformprozesse im Sicherheitssektor (SSG/R) zur Verbesserung der Sicherheit von Ländern und Gesellschaften – dank Sicherheitsgouvernanzsystemen, die auf den Grundsätzen der Rechenschaftspflicht, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte beruhen. Das bedingt die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen und Institutionen, die ein Sicherheitssystem garantieren, das an die Bedürfnisse der Menschen angepasst ist. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass Sicherheitsanbieter einer wirksamen zivilen Kontrolle unterliegen, durch die sie zur Verantwortung gezogen werden.

Es mag seltsam erscheinen, in Konfliktsituationen über SSG/R zu sprechen, in denen die Gesellschaften noch darum ringen, das von ihnen gewünschte Gouvernanzsystem und damit den notwendigen institutionellen Rahmen für die Gestaltung und Einleitung von Reformen zu schaffen. Dennoch zeigt die Erfahrung von DCAF, wie wichtig es ist, SSG/R in allen Konfliktlösungs- und Friedensförderungsprozessen frühzeitig anzusprechen.

Interne Konflikte wie im Jemen erzeugen gegenseitige Angst und verstärken das Misstrauen zwischen den Konfliktparteien. Im Glauben, «den anderen» besiegen und die Ursache ihrer Ängste oder die Notwendigkeit, Vertrauen zu einem Gegner aufzubauen, auslöschen zu können, unterstützen sie militärische Konfliktlösungen. In einer solchen Situation können sich nichtstaatliche Akteure und hybride Sicherheitssysteme ausbreiten. Dadurch verschärft sich der Konflikt weiter – nicht zuletzt, weil durch eine «Kriegswirtschaft» Interessengruppen entstehen – und Konfliktparteien daran gehindert werden, Kompromisse einzugehen und eine Einigung zu erzielen. Stattdessen geraten sie in einen Teufelskreis, in dem die Parteien umso mehr in ihren jeweiligen Positionen verharren, je länger der Konflikt dauert.

Vertrauensbildende Massnahmen und Garantien, durch die sich die Kriegsparteien darauf verlassen können, dass gemeinsame Zugeständnisse und Vereinbarungen gefunden und eingehalten werden können, sind für Fortschritte im Friedensprozess von entscheidender Bedeutung. DCAF glaubt, dass die Entschlossenheit der Konfliktparteien, ein Abkommen auszuhandeln, zunimmt, wenn beide Seiten solche Zugeständnisse machen und Garantien als integraler Bestandteil von Vereinbarungen angesehen werden. Entsprechende Zugeständnisse und akzeptierte Garantien werden möglich, wenn die Parteien auf eine Zukunftsvision hinarbeiten, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner beruht. In der Gouvernanz des Sicherheitssektors kommt dies durch weitreichende Abkommen oder ein gemeinsames Verständnis darüber zum Ausdruck, was für ein Sicherheitssektor in Zukunft gewünscht ist und wie er strukturiert, reguliert und verwaltet werden soll. Solange die Parteien voll und ganz in eine solche Vision eingebunden und einbezogen werden, haben sie das Gefühl, die Situation unter Kontrolle zu haben, und können auf den Lauf der Dinge und damit auch auf die Einhaltung von Garantiezusagen Einfluss nehmen. In gewisser Weise fühlt sich jeder von ihnen legitimiert und ermächtigt, als «Wächter:in» über das zu entscheiden, was alle anderen tun dürfen oder nicht tun dürfen. So werden die Parteien den integrierten Garantien auch viel mehr trauen als externen Garantien, die häufig künstlich oder auferlegt sind und deren Nachhaltigkeit in Frage gestellt werden kann.

DCAF erprobt diesen Ansatz erfolgreich in seinem Unterstützungsprogramm im Jemen und bietet einen kompetenten, inklusiven und neutralen Ort für den Dialog über kurzfristige Sicherheitsbedenken und -massnahmen, um längerfristige Sicherheitskonzepte zwischen den Konfliktparteien zu erarbeiten.

[DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance](#)

Ayman Ayoub

Leiter der Abteilung Naher Osten und Nordafrika

[links](#)

- [DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance](#)

dossier

Gendersensitive Konfliktprävention – Reflexion über Männlichkeiten



Die Einsicht, dass Geschlecht nicht gleichbedeutend mit Frauen ist, ist entscheidend für einen geschlechtersensiblen Ansatz, um eine effektive Veränderung der Gewalt. Straßenkunst, Beirut, 2022.

Yasmine Janah & Leandra Bias

Was sind die verschiedenen Formen von Männlichkeit und welche Ansätze gibt es? Welche Risiken und Potenziale sind damit verbunden, an und mit Männlichkeiten zu arbeiten? Wie können wir gewährleisten, dass die Gendergerechtigkeit in der Friedensförderung unter Berücksichtigung von Männlichkeiten gefördert wird, während Frauen, LGBTIQ+-Menschen und andere vulnerable Gemeinschaften mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Anliegen in den Mittelpunkt gestellt werden?

Bei Gewaltprävention und Friedensförderung sollte die Genderperspektive als Analyseinstrument unbedingt berücksichtigt werden. Im Mittelpunkt einer gendersensitiven Konfliktprävention stehen die Analyse und Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlecht als einem auf Beziehungen bezogenen Machtssystem. Ein gendertransformativer Ansatz bei der Friedensförderung ermöglicht daher ein wirksames Verständnis der Machtasymmetrien und ungerechten Normen, die die Grundlage für

Unsicherheit und Gewalt bilden. Gegenwärtig herrscht jedoch eine Auslegung des Begriffs «Gender» vor, bei der die Sichtweise weitgehend auf Frauen und Pauschalisierungen verengt ist.

swisspeace hat eine Bestandsaufnahme durchgeführt, die die Zusammenhänge zwischen Männlichkeiten, Gewalt und Frieden untersucht. Auf der Grundlage von qualitativen Interviews mit verschiedenen Organisationen im Libanon und in Tunesien soll diese Studie potenzielle Wege und Risiken bei der Arbeit mit und an Männlichkeiten aufzeigen. Gleiches gilt für die Geschlechtergleichstellung in der Präventionsstrategie. Dadurch soll die Studie als Orientierungshilfe für die Friedenspolitik dienen.

Trotz der starken Polarisierung und des harten Durchgreifens im Libanon und in Tunesien bilden feministische und von Frauen geführte Netzwerke und zivilgesellschaftliche Organisationen das Rückgrat der Bemühungen um Frieden und den Aufbau staatlicher Strukturen. So spielen sie eine zentrale Rolle bei der Mediation ebenso wie bei Schutz und humanitärer Unterstützung für vulnerable Gemeinschaften und schliessen Versorgungslücken.

Insbesondere bekämpfen zivilgesellschaftliche Organisationen im Libanon und in Tunesien auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene die Auswirkungen der Krise auf Frauen, Männer und Gender-Minderheiten sowie deren Ursachen, indem sie sich mit Unrecht bewirkenden sozialen Normen, Werten und Strukturen auseinandersetzen. Dies umfasst ein Umfeld, in dem die Rollenerwartungen und Praktiken von Männern eng mit den vorherrschenden traditionellen Vorstellungen einer hegemonialen Männlichkeit verknüpft sind und in dem viele Männer ein soldatenhaftes Auftreten als gangbares Lebensmodell betrachten. Von Männern wird erwartet, dass sie die Versorger, die Ernährer, die Wächter und Beschützer der Familie, der Gemeinschaft und der Gesellschaft insgesamt sind.

Vor allem aber dienen diese Rollen dazu, das Leben und die Körper der Frauen zu unterwerfen und die Macht und Kontrolle der Männer, auch über Ressourcen, aufrechtzuerhalten. Einige Partnerorganisationen haben darauf hingewiesen, dass diese Idealvorstellungen von Männern in den sozialen Strukturen (z. B. in Familien, in politischen Parteien, religiösen Institutionen und in der Gesetzgebung) verankert sind, was zu Konflikten führt. Diese Strukturen und die Militarisierung betonen das Idealbild eines Mannes als Kämpfer und normalisieren die generelle Anwendung von Gewalt und die Durchsetzung politischer Macht, um verschiedene Formen von Gewalt und Herrschaft dauerhaft zu sichern. Es gibt aber auch Männer, die andere Formen von Männlichkeit vertreten. Diese werden häufig als Verstoss gegen herrschende Sitten empfunden und entsprechend abgewertet. Ein solcher Bruch mit den traditionellen Erwartungen wird in der Regel sanktioniert.

Die Studie beleuchtet einen gendertransformativen Ansatz zur Konfliktprevention, um die komplexen Triebkräfte von Gewalt anhand lokaler Aspekte zu erklären. Sie erkennt an, dass Männlichkeiten vielfältig, komplex, kontextspezifisch und manchmal sogar widersprüchlich sind. Die Darstellung von Männlichkeiten und ihrer Interaktion in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten birgt sowohl Chancen als auch Spannungen bei der Förderung feministischer Friedens- und Wiederaufbauarbeit (nach Konflikten). Insbesondere muss die Einbindung eines gendertransformativen Ansatzes zur Konfliktprevention – unter Einbezug von Männlichkeitsaspekten – Behörden,

Organisationen und Fachleute in die Lage versetzen, Verantwortungsmechanismen zu schaffen, Programme effektiv zu konzipieren und frühzeitig auf die raschen Veränderungen der Konfliktdynamik einzugehen, Frühwarnsignale zu erkennen und dadurch den Ursachen von Fragilität und Unrecht entgegenzuwirken.

Mehr dazu in der swisspeace-Studie «Masculinities, Violence and Peace», die Anfang November veröffentlicht wird.

[swisspeace](#)

Yasmine Janah

Yasmine.Janah@swisspeace.ch

Associate Program Officer & Gender Advisor

dossier

Israel–Palästina – Stärkung des lokalen Dialogs



100 Jahre kumulierte Erfahrung in der Förderung der israelisch-palästinensischen Begegnung. Lausanne, September 2022. Coexistences

In dem seit mehr als 100 Jahren bestehenden israelisch-palästinensischen Konflikt kommt es immer wieder zu Phasen von Gewalt und Entmenschlichung, die eine Atmosphäre der Angst und des Misstrauens schaffen. Eine der Folgen dieses Konflikts ist, dass man sowohl physisch als auch psychisch in getrennten Welten lebt: Palästinenser:innen und israelische Jüdinnen und Juden in Israel und Jerusalem leben nur wenige Kilometer voneinander entfernt, aber in separaten Gemeinschaften. Ihre Bildungssysteme sind getrennt und die Kontakte begrenzt. Dies gilt umso mehr für die besetzten palästinensischen Gebiete und noch stärker für den Gazastreifen.

Israelisch-palästinensische Begegnungsgruppen sind der einzige Ort, an dem ein sinnhafter Dialog stattfindet und der Entmenschlichung des Gegenübers etwas entgegengesetzt wird – jenseits von Machtasymmetrien, negativen (Medien-)Narrativen, politischer Aufwiegelung, Vorurteilen und miteinander konkurrierenden Opferrollen. Solche Räume auf Augenhöhe sind von entscheidender Bedeutung. Sie ermöglichen es den Teilnehmenden, von Delegitimierung und Ignoranz (die Gleichgültigkeit gegenüber Besetzung und Gewalt bewirken) zu einer differenzierteren, komplexeren Sichtweise zu

gelangen. In ihren eigenen Worten geben solche Begegnungsgruppen den Teilnehmenden Gelegenheit, durch den Blick auf ihre Wechselbeziehungen «Einsichten zu erlangen und Ereignisse einzuordnen». Der Dialog ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument für Veränderungen auf persönlicher und struktureller Ebene. Wenn keine direkten Verhandlungen stattfinden, kann Dialog alleine einen Konflikt nicht lösen. Frieden kann jedoch immer nur zwischen Menschen geschlossen werden, und politische Akteure werden nur dann Verhandlungen führen, wenn sie aus ihrer jeweiligen Gemeinschaft heraus Unterstützung erfahren.

Eine Studie über die langfristigen Auswirkungen des israelisch-palästinensischen Dialogs hat gezeigt, dass 75 Prozent der Teilnehmenden nach einem Jahr und 53 Prozent auch nach drei Jahren noch engagiert sind. 17 Prozent möchten sogar die Friedensförderung zu ihrem Beruf machen. Laut einer Schätzung aus dem Jahr 2019 haben jedoch weniger als zwei Prozent der israelischen Bevölkerung am binationalen Dialog im Rahmen einer der 164 Basisinitiativen teilgenommen, und es wird immer schwieriger, Menschen für solche Gruppen zu gewinnen. Im Nordirlandkonflikt hatte in den zwölf Jahren vor dem Karfreitagsabkommen mehr als ein Drittel der Bevölkerung an Begegnungen teilgenommen. Diese wurden mit Unterstützung eines internationalen Fonds durch 6000 Basisinitiativen organisiert.

Um einen ausreichenden Teil der Bevölkerung für einen nachhaltigen und dauerhaften Frieden zu gewinnen, müssen sich daher viel mehr Menschen in Israel und Palästina in der Arbeit von Mensch zu Mensch (People to People, P2P) engagieren. Für diese Arbeit braucht es die Anleitung durch kompetente Vermittler:innen und eine ausreichende Finanzausstattung. Zwar weisen viele Vermittler:innen umfangreiche praktische Erfahrungen auf, aber nur schätzungsweise 15-20 Prozent eine formale Ausbildung. Es gibt keine übergreifende sektorielle Organisation, die einen fruchtbaren Gedankenaustausch, Reflexion und die Nutzung von kollektivem Wissen ermöglicht.

Coexistences entwickelte ein zweijähriges Pilotprogramm, um einen positiven Kreislauf des Austauschs und der Vertiefung von Gesprächen über Themen zu schaffen, mit denen Praktiker:innen konfrontiert sind (wie Vertrauen, sichere Räume, Machtasymmetrie, externe Ereignisse, Gruppenarbeit und -dynamik). Den Ausgangspunkt bildeten die Vermittler:innen der 33 Gruppen, die Coexistences seit 2006 betreut hat. Diese Vermittler:innen wussten nur sehr wenig übereinander und über die anderen Programme und Ansätze der Organisation. Siebzehn Praktiker:innen aus Israel, Jerusalem und dem Westjordanland, die zusammen 100 Jahren Praxisarbeit aufweisen konnten, lernten voneinander und wuchsen während des ersten Seminars Anfang September zu einer Gruppe zusammen.

Seitdem haben sich zwei Interessengruppen gebildet, die sich seit ihrer Rückkehr bereits zweimal getroffen haben. Dies zeigt, dass das Programm einen klaren Bedarf anspricht. Nach einer Reihe lokaler Begegnungen soll 2023 das zweite und abschliessende Seminar stattfinden, das die Teilnehmer:innen selbst gestalten werden.

[Coexistences](#)

Fiuna Seylan
Präsidentin

[links](#)

- Coexistences

dossier

Libyen – Herausforderungen beim Überbrücken der Kluft



Workshop der Change Agents in Libyen. Interpeace

In den letzten zehn Jahren war Libyen von mehreren politischen und wirtschaftlichen Konflikten betroffen. Das Land leidet unter einer ausgeprägten Führungskrise, die zu einer großen Kluft zwischen den staatlichen Behörden und den Bürger:innen führt. Zahlreiche polarisierende Akteure beherrschen die politische Szene und verschärfen die sozialen und wirtschaftlichen Missstände. Zudem ist die internationale Gemeinschaft zersplittert, da unterschiedliche Organisationen ihre oftmals engstirnigen und interessensgeleiteten Ziele verfolgen.

Interpeace konzentriert sich seit 2011 auf die Friedensförderung an der Basis der Zivilgesellschaft in Libyen und seit kurzem auch im Jemen. Einer unserer Ansätze zur Friedensförderung («Track 6») konzentriert sich darauf, die Kluft zwischen lokalen Gemeinschaften, der Zivilgesellschaft, Regierungen und der internationalen Gemeinschaft zu überbrücken. Er trägt dazu bei, dass die politische Elite die lokalen Gegebenheiten widerspiegelt und vom lokalen Wissen profitiert. Dieser Ansatz wird jedoch vielerorts im Nahen Osten und in Nordafrika durch die tiefe politische und soziale Zersplitterung stark in Frage gestellt. Ohne legitime politische Prozesse erweist sich die Friedenskonsolidierung an der Basis auf lokaler Ebene zwar als effizient, kann aber auf nationaler und regionaler

Ebene keine größere und nachhaltige Wirkung entfalten. In Libyen beispielsweise haben unsere friedensfördernden Maßnahmen auf lokaler Ebene Vertrauen geschaffen und Lösungen für lokale Probleme aufgezeigt, aber hatten keinen ausschlaggebenden Einfluss auf die Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene («Track 1»).

In den 11 Jahren, in denen Interpeace in Libyen tätig ist, hat die Organisation die verschiedenen Phasen des regionalen und lokalen Konflikts miterlebt und ihre Programme an diese Realität angepasst. Im Rahmen des «Peace-Mapping»-Projekts analysierte Interpeace, warum einige Gemeinden friedlich blieben, trotz der von Instabilität geprägten Umgebung. Dieses Projekt legte den Grundstein für die weitere Tätigkeit von Interpeace, die darauf abzielte, lokale Widerstandsfähigkeit durch Dialog zu stärken und nach und nach Stabilitätszonen im ganzen Land zu etablieren. Im Rahmen dieses Programms wurde ein Netzwerk von «Change Agents» aufgebaut – bestehend aus Menschen aller Altersgruppen, Geschlechter und sozialen Schichten, die in ihren Gemeinschaften verankert sind und eine zentrale Funktion innehaben. Die Change Agents wurden in den Bereichen Konfliktanalyse und -transformation, Dialogförderung und Mediation spezifisch für ihre Rolle geschult.

Während die Change Agents etwas bewirken, indem sie sich um Probleme in ihren Gemeinden kümmern – von der Müllabfuhr bis hin zur Bewältigung des Kriegstraumas –, sind sie nicht gleichermassen in der Lage, sich in politischen Prozessen auf nationaler Ebene zu engagieren. Obwohl wir mit unseren friedensfördernden Maßnahmen landesweit Stabilität schaffen konnten, ist es uns aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Instabilität nur begrenzt möglich, die lokale Stabilität über das Netzwerk der Change Agents auf die nationale Ebene zu übertragen.

Renée Larivière, leitende Direktorin für das Programmmanagement bei Interpeace, erläutert die Beweggründe für unseren friedensfördernden Ansatz, mit dem wir uns der Herausforderung stellen die gesellschaftliche Kluft in Libyen zu überbrücken: «In diesem Zusammenhang haben wir unsere Bemühungen auf den Aufbau von Resilienz für den Frieden konzentriert, da dies von zentraler Bedeutung für die Fähigkeit von Gemeinschaften ist, ihre Spaltungen und Spannungen legitim, inklusiv und gewaltfrei zu bewältigen. In Libyen und nun auch durch unser Programm im Jemen investiert Interpeace weiterhin in Akteure an der Basis der Gesellschaft, die in ihren eigenen Gemeinschaften etwas bewirken können. Dies wird kombiniert mit Bestrebungen für ein systematischeres bürgerschaftliches Engagement.»

[Interpeace](#)

Mónica Aldana

Digital Communication Officer

[Interpeace](#)

Luvini Ranasinghe

ranasinghe@interpeace.org

Head of Communications

[links](#)

- [Interpeace](#)

dossier

Ägypten – Gesundheitsdienste und wirtschaftliche Chancen für Migrant:innen



Dienstleistungsnutzer:innen, Mitarbeiter:innen und Freiwillige des Ägyptischen Roten Halbmonds (ERC) im Oktober 2021. ERC

Kairo hat knapp 22 Millionen Einwohner:innen und kämpft mit Überbevölkerung. Das starke Bevölkerungswachstum und eine Armutsquote von rund 25 Prozent ziehen nach sich, dass viele Menschen um Jobs, Wohnraum und öffentliche Güter wie Gesundheitsdienste, Ausbildung und sanitäre Anlagen konkurrieren.

Zur vulnerabelsten Bevölkerung in Kairo gehören unter anderem Migrant:innen und Geflüchtete. Als geografisches Bindeglied zwischen dem Nahen Osten, Afrika und Europa ist Ägypten eines der wichtigsten Durchgangs- und Zielländer für Migrant:innen und Geflüchtete aus Subsahara-Afrika und Syrien. Die Migrant:innen kommen in ärmlichen städtischen Gebieten unter, wo die ansässige ägyptische Gemeinschaft bereits mit schwierigen Lebensumständen kämpft, und erleben dort oft Diskriminierung, Ablehnung und Gewalt. Sie haben nur begrenzte Möglichkeiten für wirtschaftliche Tätigkeiten und der Zugang zu öffentlichen Gütern ist erschwert. Insbesondere bei Migrant:innen aus Subsahara-Afrika trägt die Sprachbarriere zudem weiter zur Ausgrenzung bei und erhöht

das Risiko der Ausbeutung.

2017 startete das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und dem Ägyptischen Roten Halbmond (ÄRH) in den Stadtteilen von Kairo, in denen viele Migrant:innen leben. Die Themen: Resilienz von Gemeinschaften und sozialer Zusammenhalt. Dank der finanziellen Unterstützung der EU^[1] und des EDA konnte der ÄRH sechs Anlaufstellen für die Gemeinschaft schaffen, wo Migrant:innen und Ägypter:innen kostenlosen Zugang zu Gesundheitsdiensten und Unterstützung bei der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation erhalten. Diese Anlaufstellen, die sowohl von Personal des ÄRH als auch Freiwilligen betrieben werden, suchen ihrerseits Freiwillige unter den verschiedenen Migrationsgruppen. Diese erleichtern den Zugang zu den Gemeinschaften und können bei Bedarf Übersetzungsleistungen erbringen.

Obwohl Migrant:innen theoretisch Zugang zu den staatlichen Gesundheitsdienstleistungen haben, gibt es in Wirklichkeit viele Hürden, wie etwa die Sprache, Diskriminierung und die Servicequalität. Darum umfassen die Dienste der Anlaufstelle auch die Primär- und Sekundärversorgung (z. B. Kinderheilkunde, Gynäkologie, Dermatologie), die Abgabe kostenloser Medikamente, Testungen auf übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten sowie Seminare für Gesundheitsbildung.

Die Migrant:innen leiden angesichts der Umstände, die sie in ihren Heimatländern, während der Reise und bei der oftmals schwierigen Umsiedlung in ihre neue Umgebung erlebt haben unter einer hohen psychischen Belastung. Darum gehört auch die psychosoziale Unterstützung zum Grundangebot der Anlaufstellen.

Migrant:innen sowie Mitglieder der Aufnahmegemeinschaft können zudem vom beruflichen Trainingsangebot in den Anlaufstellen und Partnerbildungszentren profitieren (z. B. nähen, reparieren von Mobiltelefonen) und damit ihre Erwerbsmöglichkeiten verbessern. Wer ein Training abschliesst, erhält ein Startkapital für ein Mikro-Unternehmen. Darüber hinaus finden Migrant:innen durch Trainings zur Beschäftigungsfähigkeit bezahlte Arbeit, durch die sie ein stabiles Einkommen für sich und ihre Familie sichern können.

Das SRK hält fest, dass die Dienste der verschiedenen Anlaufstellen in Kairo die Gesundheit und die wirtschaftlichen Chancen der Nutzer:innen verbessern und so zur Stärkung ihrer Gesamtresilienz beitragen. Der soziale Zusammenhalt in den Stadtteilen soll gestärkt werden, indem die Dienste nicht nur den Migrant:innen und Geflüchteten, sondern auch der lokalen ägyptischen Bevölkerung zur Verfügung stehen. So ist niemand ausgeschlossen und der positive Kontakt zwischen verschiedenen Gruppen wird gefördert.

[1] EU-Notfallfonds für Stabilität und die Bekämpfung der Grundursache irregulärer Migration und Binnenvertriebener in Afrika

[Schweizerisches Rotes Kreuz](#)

Jürg Graf

Juerg.Graf@redcross.ch

Program Manager

[links](#)

- Schweizerisches Rotes Kreuz

dossier

Palästina – Sozialarbeit als Beitrag zum Frieden



Sonderschule im Star Mountain Rehabilitation Centre in Abu Quash/Ramallah, 2017. Mission 21

Angesichts der aktuellen globalen Krisen und Kriege ist der seit Jahrzehnten andauernde Israel-Palästina-Konflikt etwas aus der Wahrnehmung der europäischen Öffentlichkeit verschwunden. Dennoch gibt es fast täglich Zwischenfälle und Gewalt in der Westbank, Gaza oder Israel. Eine Bevölkerungsgruppe in Palästina ist auch durch den Konflikt besonders in Vergessenheit geraten: Menschen mit geistigen Behinderungen finden kaum Beachtung. Staatliche Unterstützung fehlt ebenso wie das Bewusstsein für ihre Rechte. Vielerorts wird das Thema in der palästinensischen Gesellschaft tabuisiert. Familien in denen Kinder mit Behinderung leben, sind deshalb mit der Betreuung und Förderung auf sich allein gestellt und damit häufig überfordert. Zum Teil stark vernachlässigt leben Menschen mit Behinderung so am Rande der Gesellschaft. Bildung und eine optimale Entwicklung werden ihnen oft vorenthalten.

Das von Mission 21 unterstützte Rehabilitationszentrum Sternberg in der Nähe von Ramallah fördert seit über vier Jahrzehnten erfolgreich geistig behinderte Kinder und Jugendliche. Das Angebot des Rehabilitationszentrums reicht von einem inklusiven Kindergarten über die Schul- und Berufsausbildung bis zur Advocacy für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft

Inmitten einer politisch unruhigen Region leistet diese sozialdiakonische Arbeit auch einen Beitrag zur Versöhnung: Versöhnung der Familien mit ihren Kindern mit Behinderungen,

versöhnende Arbeit zwischen Christ:innen und Muslim:innen. Menschen mit geistigen Behinderungen werden unabhängig von religiöser oder konfessioneller Zugehörigkeit unterstützt. Christliche und muslimische Mitarbeitende arbeiten selbstverständlich und ohne Probleme miteinander. Sie verfolgen die individuelle Förderung der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft oder Religion. Die Einrichtung wird von der Evangelischen Brüder-Unität/Herrnhuter Brüdergemeine getragen. Diese kleine, aber weltweit verbreitete evangelische Kirche arbeitet seit 1866 in der Region. Am Anfang wurden christliche, muslimische oder jüdische Menschen gepflegt, die an Lepra erkrankt waren und ab 1980 Kinder mit Behinderungen, unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit. Im Zentrum der Arbeit stehen nicht religiöse oder politische Bekenntnisse, sondern der individuelle Mensch mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen. Die Kinder und Jugendlichen profitieren von dieser interreligiösen Sozialarbeit. Der alte Nahostkonflikt lässt sich dadurch nicht lösen. Die Arbeit leistet aber einen wesentlichen Beitrag zur Erkenntnis, dass die Inklusion aller Menschen zu Versöhnung und Frieden beitragen kann.

[Mission 21](#)

Johannes Klemm

johannes.klemm@mission-21.org

Teamleiter Africa

[links](#)

- [Mission 21](#)

dossier

Tunesien – der Beitrag der Medien zur partizipativen Demokratie



Während einer Medienschulung im Rahmen des Programms PACT (Participation Active des Citoyennes et Citoyens Tunisiens) im April 2022. Asma Ben Garga/Fondation Hirondelle

Eine der unmittelbaren Errungenschaften der tunesischen Revolution von 2011 war die Presse- und Informationsfreiheit. Zuvor waren die Medien mehr als ein halbes Jahrhundert lang von der Regierung instrumentalisiert worden. Nun erfand die Medienlandschaft sich neu. Gleichzeitig arbeiteten die Tunesier:innen an einem neuen Gesellschaftsentwurf, der zwei zentrale Begriffe in die Verfassung von 2014 einführen sollte: Dezentralisierung und partizipative Demokratie. Ziel war es, in einem polarisierten und lange Zeit mundtot gemachten Land Zusammenhalt zu schaffen. Vor diesem Hintergrund unterstützte die Stiftung Hirondelle zwischen 2011, unmittelbar nach dem Sturz des Präsidenten Ben Ali,

und 2016 zunächst die Reform mehrerer Regionalsender des tunesischen öffentlichen Rundfunks. So sollte der Zugang zu unabhängigen, zuverlässigen und sachdienlichen lokalen Informationen gefördert werden.

Seit 2020 arbeiten unsere Teams daran, den Dialog zwischen Bürger:innen und Regierenden im zivilgesellschaftlichen Raum zu stärken. Dadurch wollen wir den neu gegründeten oder abgelegenen Gemeinden die Chance geben, das öffentliche Leben tatsächlich gemeinsam zu gestalten. In Zusammenarbeit mit der dänischen Organisation NIRAS setzt die Stiftung Hironnelle den Teil «Medien» des Programms für eine aktive Teilhabe tunesischer Bürger:innen (Participation Active des Citoyennes et Citoyens Tunisiens, PACT) um. Dieses von der DEZA finanzierte Programm ist Teil der Strategie der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit für Tunesien.

Übergeordnetes Ziel von PACT ist es, im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses zur Stärkung der lokalen Demokratie beizutragen. Hierfür wird unter Einbeziehung aller Interessengruppen ein strukturierter Dialog über verschiedene Themen der lokalen Verwaltung gefördert. Diese Diskussionen zielen darauf ab, die Lebensbedingungen auf lokaler Ebene zu verbessern, die Prioritäten der lokalen Gemeinschaft neu zu definieren und die Beziehungen zwischen der lokalen Verwaltung, dezentralen Verwaltung (Regionaldirektionen, Regierungsbeauftragte), den Bürger:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf eine neue Basis zu stellen. In dieser ersten, auf drei Jahre angelegten Phase konzentrieren sich die Aktivitäten auf fünf Gouvernorate in der Zentralregion: Kairouan, Kef, Siliana, Kasserine und Sidi Bouzid (die zusammen fast 20 Prozent der tunesischen Bevölkerung ausmachen).

Konkret wurden sieben Gemeinden dabei unterstützt, Foren zur Initiierung von Projekten zu organisieren, die für sie jeweils von besonderem Interesse sind. Die Stiftung Hironnelle nutzte diese Praxisbeispiele, um ein Netzwerk von 18 lokalen Journalist:innen langfristig aufzubauen und zu schulen, darunter die Korrespondent:innen der halbstaatlichen Agentur Tunis Afrique Presse. Diese berufliche Fortbildung soll dazu beitragen, dass die Medien ihre Aufgabe der Information und der Kontrolle der politischen Entscheidungsträger besser wahrnehmen und so zu mehr Rechenschaft, Dialog und gegenseitigem Vertrauen beitragen können.

Gerade die Vertrauensbildung ist ein zentraler Aspekt dieses Projekts. Um die Unabhängigkeit bei der Ausübung ihres demokratischen Auftrags zu fördern, hat die Stiftung Hironnelle den jungen Mandatsträger:innen ein Medientraining vermittelt. Dieses Training soll ihnen Instrumente für den Aufbau und die Festigung eines Austausch-Netzwerkes zwischen ihnen und der Presse zur Hand geben, das eine gute Information der Öffentlichkeit und eine Debatte auf lokaler Ebene fördert.

[Fondation Hironnelle](#)

Nicolas Boissez

nicolas.boissez@hirondelle.org

Head of Communication and External Relations

[links](#)

- [Fondation Hironnelle](#)
- ["Tunisia: Inclusive and citizen-oriented local governance through strengthened media"](#)

dossier

«New Profile» Bewegung gegen die Militarisierung Israels

Image not found or type unknown



New Profile Treffen nach der Befreiung einer Gruppe junger Menschen vom Militärdienst, Tel Aviv im Juni 2019. New Profile

Frauen für den Frieden Schweiz unterstützt seit 2012 die feministische, antimilitaristische Organisation New Profile, die sich seit über 20 Jahren in der israelischen Gesellschaft engagiert. New Profile ist davon überzeugt, dass Militarismus die zivilen und demokratischen Werte bedroht, den Weg zum Frieden und zur Beendigung der israelischen Besatzung blockiert und Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser:innen und andere Menschen fördert.

Die Organisation unterstützt Verweigerer:innen der Armee – Vor allem die aus Gewissensgründen, die es in Israel besonders schwer haben. «Leuten, die den Militärdienst vermeiden wollen, ohne Aufsehen zu erregen, wird dies oft relativ einfach ermöglicht. Leute, die aus ihrer Verweigerung einen öffentlichen Akt machen (insbesondere Verweigerer:innen aus Gewissensgründen), werden dagegen sehr hart behandelt und oft ins Gefängnis gesperrt», stellt ein Bericht von New Profile fest.

In Israel wird der Dienst in der Armee (Israeli Defense Force IDF) als eine Pflicht, eine Notwendigkeit und eine Chance betrachtet. Denn das israelische Militär präsentiert sich öffentlich seit Jahren als fortschrittliches Gremium aufgrund diverser Angebote an Einsatzmöglichkeiten für Frauen. Dasselbe gilt für den Umgang mit LGBTQ-Personen. Gemäss New Profile sieht die Realität jedoch deutlich problematischer aus. Die Ungleichheit der Geschlechter und der sexuellen Orientierung im Militär manifestiere sich in Diskriminierung und einer täglichen Kultur der Verachtung und des Spotts. Die Kultur bleibe maskulin und aggressiv.

New Profile kritisiert aber vor allem auch die Präsenz der IDF im sozialen und zivilen Raum. Soldat:innen seien auf den Strassen, in Universitäten, an Bahnhöfen und in Einkaufszentren präsent und auch in den Medien und kommerziellen Anzeigen sei die Armee allgegenwärtig. Besonders störend findet New Profile auch das Zusammenspiel der IDF mit den Schulen.

Die Aufklärungsarbeit über Social Media, Publikationen und wenn möglich im direkten Kontakt (z.B. an Schulen) ist daher ein wichtiges Anliegen von New Profile. Darüber hinaus

bietet die Organisation den Betroffenen die Möglichkeit, mit Pädagog:innen und Therapeut:innen zu lernen und sich kritisch mit dieser Realität auseinanderzusetzen. Durch diesen Austausch sollen die jungen Menschen eine andere Perspektive zum Thema Militarismus kennenlernen.

Women for Peace

Agnes Hohl

agnes.hohl@bluewin.ch

Präsidentin

links

- [Frauen für den Frieden](#)
- [New Profile](#)

dossier

Interview – Gesundheitsversorgung in einem neuen Afghanistan



Khadija (rechts), Hebamme, wiegt das Baby von Nooria (links). Die Hebammen von Tdh betreuen Frauen und Babys ab der 12. Schwangerschaftswoche bis zum sechsten Monat nach der Geburt. Tdh

Ein Interview mit Erhard Bauer, Leiter der Delegation von Terre des hommes (Tdh) in Afghanistan, Pakistan und Tadschikistan.

Was umfasst Ihr Tätigkeitsfeld in Afghanistan?

Terre des hommes (Tdh) engagiert sich seit 1995 für die Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern in Afghanistan. Mit unserer Arbeit bekämpfen wir den mangelnden Zugang zur Gesundheitsversorgung, der teilweise auf bestimmte afghanische Traditionen zurückzuführen ist, welche die Mobilität der Frauen einschränken. Wir setzen daher flexible Teams von Hebammen und Sozialarbeiter:innen ein, die Familien besuchen und ihnen Gesundheitsversorgung und soziale Unterstützung bieten (z. B. Untersuchungen, Beratung zur Geburtsvorbereitung und Neugeborenenpflege, Hygieneanweisungen und Beratung zur Familienplanung). Mit diesem Ansatz hat Tdh wesentlich zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit beigetragen.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil unserer Tätigkeit in Afghanistan ist der Kinderschutz. Wir unterstützen Kinder und ihre Familien, die innerhalb Afghanistans auf der Flucht sind, sowie Rückkehrer aus Pakistan und dem Iran. Die bewaffneten Konflikte in Afghanistan haben in den letzten 21 Jahren zu enormen Bevölkerungsbewegungen geführt. Bis heute beeinträchtigen die Besetzung von Land und Eigentum sowie Dürren die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Dies führt dazu, dass viele Binnenvertriebene und Flüchtlinge daran gehindert sind, in ihre Heimat zurückzukehren. Sie halten sich daher in Gebieten auf, die bessere Lebensbedingungen bieten (hauptsächlich in den Großstädten oder im Osten Afghanistans). Kinder, die aus ihrer ursprünglichen Umgebung vertrieben wurden, leben unter prekären Bedingungen (ohne angemessene Unterkunft) und sind in ihrer neuen Umgebung oft nicht willkommen. In den neuen Wohnorten gibt es entweder die notwendigen Dienstleistungen (Gesundheitsversorgung oder Schulen) nicht oder die lokalen Ressourcen sind so begrenzt, dass sie die Bedürfnisse dieser Kinder nicht erfüllen können. Als Bewältigungsmechanismen greifen einige Familien auf Kinderarbeit oder frühe Heirat zurück. Tdh trägt dazu bei, solche Situationen zu verhindern, indem es Betroffene für die Aufnahmebedingungen unserer Programme sensibilisiert, die deren Lebensunterhalt unterstützen und den Zugang zu neuen Einkommensmöglichkeiten verbessert. Auf diese Weise hat Tdh vielen Kindern geholfen in die Schule zurückzukehren.

Hat sich die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan auf Ihre Arbeit ausgewirkt?

Die Übernahme des Regimes durch die Taliban im vergangenen Jahr (August 2021) war für uns ein Wendepunkt. Die neuen Umstände waren jedoch gleichzeitig nicht völlig neu. Da einige unserer Kolleg:innen schon zuvor in von den Taliban beherrschten Gebieten gearbeitet hatten, konnten wir als internationale Organisation bereits auf Erfahrungen mit der Arbeit in einem von den Taliban beherrschten Umfeld und der Koordinierung mit Taliban-Beamten zurückgreifen.

Was war Ihre größte Sorge nach diesem Umbruch und wie gehen Sie damit um?

Wir beschäftigen 280 afghanische Mitarbeitende, darunter drei Auslandsentsandte. Unsere Arbeit wird hauptsächlich von afghanische Frauen ausgeführt. Unser Gesundheitsprogramm für Mütter und Kinder wird fast ausschließlich von weiblichen Hebammen, Ärztinnen und Sozialarbeiterinnen durchgeführt, mit nur wenigen männlichen Kollegen. Nach der Machtübernahme durch die Taliban bestand unser Hauptanliegen darin, ihre offizielle Haltung zur Beschäftigung von Frauen herauszufinden. Es war nicht klar, ob unsere Kolleginnen noch arbeiten durften. Es dauerte mehrere Wochen, wenn nicht Monate, bis die Taliban-Herrschaft wirklich feststand und wir herausfinden konnten, an welche Ansprechpartner wir uns in der neuen Verwaltung wenden konnten. Dieses Klima

der Unsicherheit veranlasste uns zunächst unsere Aktivitäten einzustellen. Sobald wir die richtigen und verfügbaren Ansprechpartner auf nationaler und lokaler Ebene gefunden hatten, erhielten wir die erforderlichen Genehmigungen relativ schnell (innerhalb von drei Wochen), so dass unsere Kolleginnen ihre Arbeit fortsetzen konnten.

Wie sah Ihr (Arbeits-)Umfeld während des Regimewechsels aus?

Die Machtübernahme verlief in den Großstädten weitgehend friedlich, brachte aber viele Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung mit sich. Die Bevölkerung war unvorbereitet und schockiert, vor allem von der Geschwindigkeit der Veränderungen. Die Verantwortlichen für den Sicherheitssektor (Polizei, Armee) verschwanden und inoffizielle Akteure übernahmen zunächst ihre Dienste. Später übernahmen die Taliban nach und nach einen Teil der Aufgaben. Die Gewährleistung der Sicherheit unserer Mitarbeitenden hatte während diesem Übergangsprozess für uns stets Priorität. Danach nahmen wir uns die Zeit, intern zu diskutieren, wie es weitergehen sollte. Wir fragten uns, wo wir uns unter diesen Umständen positionieren würden, was noch möglich wäre und was nicht. Letztendlich waren unsere Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsfürsorge für Mütter und Kinder nicht sehr beeinträchtigt, da wir von der Unterstützung der Zivilgesellschaft profitieren und einige Taliban den Mehrwert unserer Präsenz anerkennen. Es ist gut möglich, dass unsere Grundsätze der Unparteilichkeit und Neutralität hier ein Türöffner darstellten.

Welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie für die Zukunft Ihrer Arbeit in Afghanistan?

In den letzten Jahrzehnten bevor die Taliban die Macht in Kabul übernahmen, konnten wir Verbesserungen bei den Schul- und Hochschulbesuchsquoten beobachten, mitunter auch bei den Einschulungsquoten von Mädchen. Seit März 2022 verhindern die Taliban den Schulbesuch von Mädchen nach der 6. Klasse jedoch konsequent. Im Moment können wir noch qualifiziertes weibliches Personal finden. Falls sich die Situation jedoch nicht zeitnah wieder ändert, wird es im Gesundheitssektor und in anderen Bereichen, die zum Frieden und zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen, an ausgebildetem Personal mangeln. Wenn die neue afghanische Regierung die Ausbildung von Hebammen und Ärztinnen verhindert, werden wir unsere Aktivitäten sicherlich nicht fortsetzen können, da die Einstellung von Frauen für die reproduktive Gesundheit in diesem Land ein absolutes Muss ist.

[Interview mit](#)

Erhard Bauer (Tdh)

Leiter der Delegation Afghanistan, Pakistan und Tadschikistan

[links](#)

- [Terre des hommes \(Tdh\)](#)

aktuell

Dringender Appell für Globale Gerechtigkeit



**DRINGENDER
APPELL FÜR
GLOBALE
GERECHTIGKEIT.**

Wir wollen eine engagierte und solidarische Schweiz!

Lange veränderte sich die Welt zum Besseren. Doch nun scheint sie unter der Last multipler Krisen aus den Fugen zu geraten. Die Weltgemeinschaft steht vor Herausforderungen, die wir jetzt nur gemeinsam bewältigen können. Setzen auch Sie ein Zeichen für eine faire Politik und unterzeichnen Sie unseren Appell für globale Gerechtigkeit.

links

- [Dringender Appell für Globale Gerechtigkeit](#)

aktuell

FriedensFrauen Weltweit erhält Versöhnungspreis der Klaus Jensen Stiftung



Mit dem Versöhnungspreis 2022 würdigt die deutsche Klaus Jensen Stiftung für zivile Konfliktbehandlung den Einsatz von FriedensFrauen Weltweit für von Kriegen und Konflikten betroffene Frauen.

In ihrer Laudatio, anerkannte Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Mitglied des Stiftungsrats, die Rolle, die FriedensFrauen Weltweit in der feministischen Friedensförderung spielt. Die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen und friedensrelevanten politischen Entscheidungen sei mehr als nur eine Frage der politischen Teilhabe oder der Gerechtigkeit, sagte sie. „Es ist auch ein zentraler Baustein für nachhaltigen Frieden.“ Friedensfrauen Weltweit, stärke „den Einsatz mutiger Frauen für eine friedliche Welt rund um den Globus.“

Die Gründerin und Präsidentin von FriedensFrauen Weltweit Ruth-Gaby Vermot-Mangold nahm am 30. September 2022 den mit 5000 Euro dotierten Preis in Trier entgegen.

[links](#)

- [Lesen Sie die Medienmitteilung und die Dankesrede von Ruth-Gaby Vermot-Mangold hier](#)

aktuell

Mentoren für cfd gesucht!



Die feministische Friedensorganisation cfd sucht für sein Job-Mentoring-Programm Mentorinnen und Mentoren aus folgenden Berufen: Biolog:innen, Betriebswirtschaftler:innen, Ernährungswissenschaftler:innen, Jurist:innen, Informatiker:innen, Buchhalter:innen und Agronom:innen. Haben Sie Interesse daran, unsere Mentees mit Ihrem Wissen und Netzwerk zu unterstützen? Bitte melden Sie sich bei Theodora Leite Stampfli.

links

- [Job-Mentoring-Programm von cfd](#)

aktuell

Bewerben Sie sich für den swisspeace «Dealing with the Past» Kurs



Nach einem Bürgerkrieg, dem Ende eines autoritären Regimes oder einer Besatzung einen Weg zu finden, mit der gewaltsamen Vergangenheit umzugehen, wird von einigen als Grundlage für dauerhaften Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angesehen. Erfahren Sie, wie Gesellschaften, die Gewalt und Konflikte hinter sich gelassen haben, mit ihrer Vergangenheit umgehen und sich auf die Zukunft vorbereiten.

In diesem Kurs werden Sie:

- Verschiedene Ansätze zur Vergangenheitsbewältigung verstehen.
- Sich mit den wichtigsten Begriffen, Konzepten und Mechanismen vertraut machen, die für die Übergangsgerechtigkeit und die Vergangenheitsbewältigung relevant sind (Wahrheitskommissionen, Archive, Wiedergutmachungsprogramme, Garantien der Nicht-Wiederholung usw.).
- Lernen, wie Vergangenheitsbewältigungsprozesse in unterschiedlichen Kontexten gestaltet und umgesetzt wurden.
- Die Komplexität, Herausforderungen und die Politik kennenlernen, die mit der Vergangenheitsbewältigung und der Gestaltung von Mechanismen und

Interventionen verbunden sind.

- Erfahrungen auszutauschen und Teil einer Community of Practice werden.

swisspeace

links

- [Jetzt bewerben](#)

agenda

Events

KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer [KOFF MEMBER NEWS SEITE](#).

WORKSHOP DER GENEVA PEACE WEEK – «DIGITALE RÄUME : RISIKEN UND CHANCEN FÜR DEN FRIEDEN»

Principles for Peace, Fondation Hirondelle und Stiftung ICT4Peace

2.11.2022

Digitale Räume bergen sowohl Risiken als auch Chancen für den Frieden. Wir können dies von Simbabwe bis Venezuela, von der Ukraine bis zu den USA, von Sri Lanka bis Syrien und an vielen anderen Orten auf der Welt beobachten. Ziel dieses Workshops ist es, das Ausmaß aufzuzeigen, in dem digitale Räume sowohl zum Friedensprozess beitragen als auch ihn untergraben können. Wir werden auf einer im Mai 2022 durchgeführten Untersuchung aufbauen, die auf einer Reihe von Interviews basiert. Nehmen Sie an unserem Workshop teil und tauschen Sie sich mit unseren Diskussionsteilnehmer:innen aus: Forscher:innen, Technologie- und Medienexpert:innen aus der ganzen Welt!

[Mehr Informationen](#)

KITCHEN BATTLES

Cuisine sans frontières

Luzern: 3-6.11.2022

Bern: 17-19.11.2022

Die Kitchen Battle ist ein einzigartiges gastro-kulturelles Ereignis. Verschiedene Teams, von der Haute Cuisine bis zur Szenekneipe, kochen live auf der Bühne, vor und für das Publikum gegeneinander.

Und das alles für einen guten Zweck: Zur Finanzierung der Projekte von Cuisine sans frontières.

[Mehr Informationen](#)

HERBSTVERSAMMLUNG DER FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN

16.11.2022

Die feministische Aussenpolitik verweist vermehrt auf Frauen- und Menschenrechte. Sie will eine Politik für alle bieten. Ist das mehr als Wunschdenken, gerade in den heutigen stürmischen Zeiten. Nominell gibt es sie schon in mehreren Ländern. Wie kann ihre Wirkung gemessen werden?

Leandra Bias (lange bei swisspeace, nun Universität Bern) weiss um die Stärken und Schwächen und forscht über Autoritarismus. Die Herbstversammlung der Frauen für den Frieden Schweiz bietet einen guten Anlass für eine vertiefte Diskussion.

INFORMATIONSVORANSTALTUNG

Stiftung artasfoundation

19.11.2022 um 14.30 im Kunstmuseum Winterthur

Im Kunstmuseum Winterthur findet zurzeit die Ausstellung «Kunst und Krieg» statt. Nach einer Führung durch den Ausstellungskurator laden wir euch zu einem Apéro im Foyer des Kunstmuseums ein sowie zu einem informellen Gespräch über unsere eigene Arbeit, bei der wir die Thematik von Kunst in Konfliktregionen weniger durch Kunstwerke als durch partizipative künstlerische Prozesse angehen.

PRIVATE SECTOR ENGAGEMENT – FROM ASPIRATIONS TO REALITY

Helvetas Symposium (hybride Veranstaltung)

23.11.2022, 14:30-20:00 im Kursaal in Bern und online

Durch Partnerschaften mit grossen Unternehmen erhoffen sich Entwicklungsorganisationen und Geldgeber, mit ihren Aktivitäten Wirkung und Reichweite, aber auch Nachhaltigkeit und Innovation zu erzielen. Dies wird für die Erreichung der SDGs von zentraler Bedeutung sein. Gleichzeitig bergen solche Kooperationen auch Risiken, da sich die Ziele und Werte der ungleichen Partner unterscheiden. Was braucht es, um auf der Grundlage einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen Vorteile für die Armen und die Unternehmen zu erreichen? Und wie kann man das gegenseitige Verständnis fördern und Fallstricke vermeiden?

[Mehr Informationen](#)

FILMFESTIVAL FRAUENSTARK!

25.11 – 4.12.2022 in kult.kino ATELIER, Theaterstrasse 7, Basel

Das Filmfestival findet im Rahmen der 16-Tage-Kampagne gegen Gewalt an Frauen statt. Wir führen zu einigen Filmproduktionen eine Auswahl an Rahmenveranstaltungen durch. Die ukrainische Schriftstellerin Eugenia Selik, die Filmemacherin Celina Escher sowie die Filmproduzentin Sonja Kilbertus sind nur einige der spannenden Gäste, die einen vertieften Einblick in die Themen der jeweiligen Filmproduktionen geben.

Vier Vorführungen sind ausschliesslich für Schulklassen reserviert.

Filme: The Letter, Clara Sola, La Mif, 107 Mothers, Stand Up My Beauty, Fly So Far, among us women (Premiere), Quo Vadis, Aida?

[Mehr Informationen](#)

WORKSHOPTAG ZU DEN PBI-AUSLANDEINSÄTZEN

26.11.2022

Hast du Interesse daran dich in Mexiko, Honduras, Guatemala oder Kolumbien für die Einhaltung der Menschenrechte zu engagieren? Dann melde dich jetzt für den Workshoptag an und erfahre mehr über die gewaltfreie Konfliktlösung. Der Workshop richtet sich insbesondere an Personen, die an einem Auslandeinsatz interessiert sind. Er steht aber auch allen offen, die sich allgemein für die Friedensarbeit von PBI interessieren. Der Workshoptag wird je nach Zusammensetzung der Gruppe zweisprachig auf Deutsch und Französisch gehalten.

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF
Kontakt	kHaus, Kasernenhof 8, 4058 Basel, +41 61 551 56 56
Redaktion	Sanjally Jobarteh, Dorothea Schiewer, Beat Müller
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Aleppo, Syrien. Muhannad Ghannam/Unsplash

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
APRED	GSoA	Peace Nexus Foundation
artasfoundation	HEKS	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Transformation and	Frauenbund
der Veränderung	Peacebuilding	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfid	IFOR-Schweiz	SCI Schweiz
DCAF	Interpeace	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hironnelle	medico international schweiz	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	mission 21	Development
Frauen für den Frieden	miva Schweiz - transportiert	SWISSAID
Schweiz	Hilfe	Terre des Femmes Schweiz
Gesellschaft für bedrohte	Palmyrah	terre des hommes schweiz
Völker		